

19. Juli 2014

«Big Spenders: Swiss Trading Companies, African Oil and the Risks of Opacity»

Zusammenfassung der Studie

Der Verkauf von Rohöl durch Regierungen ölexportierender Länder und ihre staatlichen Ölgesellschaften ist einer der am wenigsten erforschten Aspekte des Ölgeschäfts. Dieser Bericht nimmt solche Transaktionen erstmals genauer unter die Lupe; der Fokus liegt dabei auf den zehn grössten ölexportierenden Ländern Sub-Sahara Afrikas. Zwischen 2011 und 2013 haben die Regierungen dieser Länder 2,3 Milliarden Barrel Öl verkauft und dafür über 250 Milliarden Dollar eingenommen. Diese Summe entspricht 56 Prozent der gesamten Staatseinnahmen.

Schweizer Rohstoffhandelsfirmen kaufen einen beträchtlichen Anteil des von afrikanischen Regierungen angebotenen Öls. Ihre Milliarden-Zahlungen tragen damit massgeblich zum Staatshaushalt einiger der ärmsten Länder der Welt bei. Gleichzeitig spielen sich diese Transaktionen in Staaten mit meist schwachen und für Korruption anfälligen Institutionen ab. Trotz dieser äusserst brisanten Kombination gibt es bis heute keine anerkannte staatliche Aufsicht und keine gesetzliche Regulation, welche Licht ins Dunkel dieser Geschäfte und der Art und Weise bringen könnten, wie sie zustande kommen.

Um dieses schwarze Loch zu erforschen, haben wir Daten über 1500 individuelle Ölverkäufe durch staatliche afrikanische Ölfirmen zwischen 2011 und 2013 gesammelt und ausgewertet. Die von uns untersuchten Geschäfte umfassen zwar einen grossen Teil der gesamten Transaktionen. Die Intransparenz des Sektors hat uns indessen daran gehindert, ein vollständiges Bild der Realität zeichnen zu können. Die entsprechenden Einschränkungen werden im vollen Text des Berichts detailliert dargestellt. Trotz der Lücken in den Daten kann es aber keinen Zweifel geben an der dominanten Position von Schweizer Rohstoffhändlern in diesem intransparenten Geschäft:

- Rund ein Viertel der von uns untersuchten Verkäufe staatlicher afrikanischer Ölgesellschaften ging an Schweizer Rohstoffhändler; diese kauften über 500 Millionen Barrel im Wert von rund 55 Milliarden Dollar.
- Die von Schweizer Handelsfirmen bezahlte Summe entspricht zwölf Prozent der Staatseinnahmen dieser Länder; sie ist doppelt so hoch wie die gesamte Entwicklungshilfe an die entsprechenden Staaten.

- Schweizer Rohstoffhändler waren die grössten Abnehmer von staatlichem Öl in Äquatorial-Guinea, Gabun, Kamerun, Nigeria und Tschad.
- 2013 hat Glencore 100 Prozent des von der Regierung Tschads verkauften Rohöls erworben – für eine Summe, die 16 Prozent der Staatseinnahmen entspricht.
- 2012 haben Trafigura, Glencore, Vitol und Arcadia zusammen 2,2 Milliarden Dollar für Rohöl an die Regierung Äquatorial-Guineas bezahlt; das sind 36 Prozent aller Staatseinnahmen.
- Schweizer Ölhändler haben in Nigeria zwischen 2011 und 2013 Rohöl im Wert von 37 Milliarden Dollar gekauft; diese Zahlungen entsprechen mehr als 18 Prozent aller Einnahmen der nigerianischen Regierung.

Zahlungen dieser Grössenordnung, welche die Entwicklungschancen armer Länder stark beeinflussen, müssen öffentlicher Aufsicht unterstehen. Eine solche fehlt jedoch in allen von uns untersuchten Ländern. Das beste Mittel zur Kontrolle dieser Transaktionen ist die Transparenz der Zahlungsströme. Sie gibt den Bürgerinnen und Bürger eines Landes die Möglichkeit, ihre Regierungen für das Management der wichtigsten Einnahmenquelle ihres Landes zur Verantwortung zu ziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, empfehlen wir die folgenden Massnahmen:

- **Ölproduzierende Länder und Staatliche Ölgesellschaften** sollten Regeln und Prozesse einführen, welche bei der Auswahl des Käufers und der Festlegung des Preises die grösstmögliche Integrität garantieren. Dies umfasst die detaillierte öffentliche Berichterstattung über die Art und Weise, wie und an wen staatliches Öl verkauft wird.
- **Die Schweiz** sollte ihre Verantwortung als grösster Rohstoffhandelsplatz der Welt wahrnehmen und ein Gesetz verabschieden, das Schweizer Rohstoff-Firmen verpflichtet, alle Zahlungen an Regierungen und staatliche Firmen offenzulegen; dies muss zwingend auch Zahlungen für den Handel mit Rohstoffen umfassen. Am 25. Juni 2014 hat der Bundesrat entschieden, den Rohstoffhandel vorläufig nicht in die Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage einzubeziehen. Wenn diese Position bestehen bleibt, würden auch in Zukunft alle Zahlungen, wie sie in diesem Bericht aufgedeckt wurden, geheim bleiben.
- **Andere Regierungen** von Sitzstaaten von Rohstoffhandelsfirmen, unter anderem die EU-Länder, die USA und China, sollten den Rohstoffhandel in ihre Transparenz-Gesetzgebung im Rohstoffbereich aufnehmen.